

PCC Bucharest 25-26.11.1976  
25/26 Nov. 1976  
7

Mü/Gr

Leonid Iljitsch B r e s h n e w :

Teure Genossen!

Im Namen der sowjetischen Delegation begrüße ich herzlich die Teilnehmer der Tagung. Ich möchte auch den rumänischen Freunden für die Gastfreundschaft und für ihre große Arbeit zur Organisation dieses Treffens unseren aufrichtigen Dank aussprechen. Man kann sagen, daß wir uns in Bukarest schon aklimatisiert haben. Wir hatten bereits gute Verhandlungen mit dem Genossen Ceausescu, und man kann unserer Meinung nach mit diesen Ergebnissen zufrieden sein.

Bevor ich zur Frage der Tagesordnung unseres Politischen Beratenden Ausschusses übergehe, möchte ich mit Befriedigung feststellen, daß die gemeinsame Arbeit unserer Parteien und Staaten zu einer alltäglichen Praxis geworden ist. Die in derletzten Zeit stattgefundenen Treffen auf den Parteitagen der Bruderparteien, während der Berliner Konferenz und auf der Krim, die offiziellen Besuche und Verhandlungen ermöglichten es uns, daß wir uns über die eigenen Angelegenheiten ständig auf dem laufenden halten und die aktuellen internationalen Probleme operativ erörtern. Selbstverständlich können bilaterale Kontakte kollektive Treffen nicht ersetzen.

Der Meinungs austausch hier auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses gibt uns die Möglichkeit, uns tiefer in der gegenwärtigen Weltsituation zurecht zu finden und die nächsten koordinierenden Handlungen in den internationalen Angelegenheiten zu vereinbaren.

Mü/Gr

Seit der letzten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Warschau sind 2 1/2 Jahre vergangen. Wenn man das wichtigste nennt, was uns in dieser Zeit gelungen ist, so ist es dies: Wir konnten die Entspannung erwirken und den Frieden sicherer und dauerhafter gestalten. Ein sehr wichtiger Schritt auf diesem Wege war die erfolgreiche Durchführung der gesamt-europäischen Konferenz, die Idee, die unsere Länder bereits 1965 in Warschau vorgebracht und dann 1960 hier in Bukarest realisierten.

Die vergangene Zeit war auch durch viele andere gemeinsame Ereignisse gekennzeichnet, die anschaulich zeigten, daß unser Kurs auf Entspannung günstige Bedingungen für positive Veränderungen in der Welt schafft. Dazu gehört der Sturz der faschistischen Regimes in Portugal und Griechenland, und dazu gehört die tiefe politische Krise des Frankismus in Spanien. Beachtliche Erfolge der kommunistischen Parteien in mehreren kapitalistischen Ländern gehören ebenfalls dazu.

Dazu gehört ferner die siegreiche Beendigung des Befreiungskampfes der Völker Indochinas, dazu gehörte ferner die Vereitelung des imperialistischen Komplotts gegen Angola, und jetzt ist es so, daß Angola in die UNO als Mitglied aufgenommen worden ist. Dazu gehören der neue Aufschwung der Befreiungsbewegung im Süden Afrikas und die nachhaltige Stärkung der Gruppe von Staaten sozialistischer Orientierung.

Alle unsere Parteien haben auf ihren jüngsten Parteitag und den Plenartagungen ihrer Zentralkomitees die Entwicklung in der Welt eingehend analysiert und eingeschätzt, sowohl die Errungenschaften unserer vereinbarten Linie als auch die auf dem Wege der Entspannung aufgetretenen Hindernisse wurden objektiv analysiert. Vor ganz kurzer Zeit ist, wie Sie wissen, eine solche Arbeit auch auf dem Oktoberplenium unserer Partei getan worden. Das enthebt uns sicher nicht der Notwendigkeit, den Komplex der Fragen der gegenwärtigen internationalen Situation in ihrer Gesamtheit ausführlich zu analysieren. Ich erlaube mir daher, nur auf einige Schlüsselprobleme einzugehen.

Worin besteht unseres Erachtens die Besonderheit der gegenwärtigen Lage im internationalen Leben? Ich denke, sie hängt mit den harten ideologisch-politischen Auseinandersetzungen um das Wesen und die Perspektiven des Prozesses der internationalen Entspannung zusammen. Die Folgen und Auswirkungen dieses Prozesses der Entspannung zwischen den zwei Systemen sind ganz deutlich zutage getreten, und sie sind höchst unterschiedlich. Sie sind unterschiedlich natürlich nicht, weil die Entspannung, wie die imperialistischen Anhänger einer Rückkehr zum kalten Krieg in verlogener Weise behaupten, nur den sozialistischen Ländern Vorteile bietet und zum Schaden der

kapitalistischen Länder sei, sondern in Wirklichkeit schafft die Minderung der internationalen Spannung günstige Voraussetzung für die friedliche ökonomische Entwicklung in allen Ländern. Das Wesen, der springende Punkt besteht jedoch darin, inwieweit man die sich bietenden Möglichkeiten ausnutzen will und kann.

Für die sozialistischen Länder - und wir alle haben das in unseren Erklärungen wiederholt gesagt und auch in unseren Dokumenten - bedeutet die Entspannung die Möglichkeit, die Probleme des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus und der Hebung des Lebensniveaus unserer Völker noch schneller und sicherer zu lösen.

Was die regierenden Kreise des imperialistischen Lagers betrifft, so ist ihre Einstellung zu diesen Fragen widersprüchlich. Einerseits sehen sie sich genötigt, auf die Entspannung einzugehen. Hier wirkt sich sowohl die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus als auch der wachsende Druck der Öffentlichkeit aus. Andererseits versuchen sie aber, die Entwicklung der Entspannung zu bremsen und ihren Wirkungsbereich einzuschränken.

Diese Haltung wird vor allem dadurch bestimmt, daß für den einflußreichen militärisch-industriellen Komplex, d. h. für die Militaristen und Rüstungsfabrikanten, das Wettrüsten als Quelle horrender Profite dient und die Grundlage ihres Einflusses auf die Politik ihrer und anderer Länder ist. An all das klammern sie sich geradezu mit Händen und Füßen. Das Gerede, daß die Erweiterung der Rüstungsproduktion den Beschäftigungsgrad erhöhen und die Folgen der Wirtschaftskrise abschwächen solle, ist pure Demagogie. Das sieht man immer mehr auch im Westen ein.

Schließlich noch einen wichtigen Aspekt: Die Minderung der Kriegsgefahr erschwert es der imperialistischen Reaktion, die sich entwickelnde revolutionäre Bewegung unter dem Vorwand einer Bedrohung von außen zu unterdrücken. Daher versuchen die imperialistischen Mächte, indem sie das Wettrüsten fortsetzen, zugleich die Schuld auf andere abzuwälzen, indem sie den sozialistischen Ländern Aufrüstung vorwerfen, obwohl sie doch selbst sehr genau wissen, daß das eine Lüge ist. Praktisch wird zum gleichen Zweck, nämlich der Entspannung günstige Hindernisse in den Weg zu legen, auch Lärm geschlagen um die sogenannten menschlichen Kontakte, und es werden Versuche unternommen, sich in die inneren Angelegenheiten unserer Länder einzumischen.

Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß wir es u. a. im nächsten Jahr in Belgrad gerade mit einer solchen Einstellung zu tun bekommen; denn die Politiker des Westens machen keinen Hehl daraus, daß sie das dort vorgemerkte Treffen ausnutzen wollen, um den sozialistischen Ländern eine Art Rechnung für die angebliche Nichterfüllung der Schlußakte von Helsinki zu präsentieren. Mit anderen Worten, sie werden im Sinne der in den letzten ein bis eineinhalb Jahren entfaltetten ideologischen Kampagne handeln und auftreten, deren Hauptzweck es ist, das Märchen von einer kommunistischen Gefahr, von einer Aggressivität des Warschauer Paktes wieder aufzufrischen.

MU/Gr

Wir sehen jetzt anhand vieler Tatsachen, daß sie das merken und es sozusagen äußerst dringend nötig haben, und zwar um die revolutionäre Bewegung in ihren Ländern zu lähmen, ihre Völker von den tiefen Krisenerscheinungen abzulenken und eine weitere Forcierung des Wettrüstens und der Rüstungen zurechtfertigen. Wie kann unter solchen Bedingungen unsere Linie sein? Oder kommt es darauf an, diese Spekulationen zu durchkreuzen und diese reaktionäre Welle abzubauen?

Unser fester, sicherer und konstruktiver Standpunkt wird helfen, das gewaltige Ansehen und den großen Einfluß, den die sozialistischen Länder in ihrem konsequenten Kampf für Frieden und Sicherheit erworben haben, zu wahren und zu stärken. In dieser Hinsicht wird vieles von der Koordination und von der Übereinstimmung unserer Handlungen abhängen.

Es ist für uns wichtig, die Weltöffentlichkeit auf die Initiativen aufmerksam zu machen, die dem Geist von Helsinki entsprechen und die lebenswichtigen Grundinteressen aller Völker berühren und aufzeigen, daß gerade unsere sozialistischen Länder - in erster Linie eben sie - in der Tat für die Festigung der Sicherheit, für die Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit aller Staaten eintreten. Wichtig sind vor allem natürlich Initiativen auf dem Gebiete der Abrüstung.

Wir haben richtig gehandelt, wenn wir in der Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses diesen Fragen einen besonderen Nachdruck verliehen haben. Wir besitzen hier ein gutes Feld; denn in der Tat, Genossen, wenn wir alle Vorschläge, die wir in der letzten Zeit einzeln und gemeinsam

eingebraucht und vorgetragen haben, so haben wir, wenn man sie in ihrer Gesamtheit nimmt, allen Grund zu sagen, daß ein breites, umfassendes und zugleich realistisches Programm des Kampfes für Abrüstung vorliegt.

Unsere Parteien konnten gemeinsam mit den Genossen aus anderen europäischen Ländern in einträchtiger und angespannter Arbeit eine gemeinsame Plattform der Aktionen zu Fragen der Abrüstung schaffen. Die Annahme dieser Plattform durch ein so maßgebliches Forum, wie die Berliner Konferenz der Kommunisten Europas, ist zweifellos, Genossen, ein großer Erfolg.

Die Sowjetunion hält es für notwendig, ständig neue Initiativen zur Zügelung des Wettrüstens zu ergreifen und hat unter diesem Gesichtspunkt bekanntlich einen Komplex konkreter Vorschläge auf der XXXI. Tagung der UNO-Vollversammlung unterbreitet. Diese Vorschläge haben im ganzen einen starken und positiven Widerhall gefunden. 88 Staaten unterstützten den Vorschlag über den Abschluß eines Vertrages über Gewaltverzicht. Dagegen stimmten nur China und Albanien.

Ich nutze die Gelegenheit, um den Führern der Bruderländer für die Unterstützung dieser Aktionen nochmals zu danken. Das sind im Grunde genommen unsere gemeinschaftlichen Aktionen. Wir werden beharrlich für die Verwirklichung der unterbreiteten Vorschläge kämpfen, geduldig und beharrlich in den Massen wie auch auf der diplomatischen Ebene kämpfen. Das ist das, was hier geboten und was hier notwendig ist.

Jetzt aber, da wir hier alle zusammengekommen sind, ist es angebracht, noch einen bedeutsamen Schritt im Kampf für Frieden und Sicherheit in Europa und über diesen Kontinent hinaus zu tun. Dieser Schritt wird erneut der ganzen Welt zeigen, was für eine aktive Friedenspolitik die Organisation des Warschauer Vertrages betreibt, was für eine aktive Friedenskraft diese Organisation ist. Ich meine damit unseren gemeinsamen Appell an alle Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz. Ich meine den gemeinsamen Vorschlag, einen Vertrag zu unterzeichnen, demzufolge keiner von Ihnen als erster Kernwaffen gegeneinander einsetzen. Ich bin überzeugt, daß ein solcher Appell in der Welt laut und vernehmlich zu hören sein wird und allen Kräften der Vernunft und des Friedens ein Ansporn zu neuen Aktivitäten sein wird.

Kurz zu den Verhandlungen in Wien:

Nun haben die westlichen Delegationen das Wort, aber vorerst schweigen sie noch. So erhebt sich die Frage: Was tun? Ausdauer an den Tag legen und sozusagen den nächsten Zug unserer Partner abwarten oder aber erneut die Initiative zu ergreifen und neue Vorschläge auszuarbeiten? Wir neigen dazu, zu meinen, daß es jetzt lohnend ist, mit neuen Initiativen bei allen Verhandlungen noch abzuwarten, um so mehr als die von uns eingereichten Vorschläge begründet und überzeugend sind.

Tatsächlich, welche Reaktion kann man erwarten, wenn wir dem Westen noch einen Schritt entgegenkommen? In der heutigen Situation ist wohl kaum mit einer gleichwertigen Antwort zu rechnen, die ein schnelles Übereinkommen ermöglichen würde. Viel wahrscheinlicher ist es, daß man ein Zugeständnis als etwas selbstverständliches hinnehmen würde, ja sogar als Beweis eines



Erfolges der gegen uns angewandten Taktik des Drucks werden könnte. Daher dürfte es vernünftig sein, sich nicht zu beeilen, sondern unser heutiges bei weitem noch nicht verbrauchtes Arsenal zu benutzen, um auf die andere Seite politischen Druck auszuüben, um der Weltöffentlichkeit weitgehend und überzeugend zur Kenntnis zu bringen, daß unsere Vorschläge in Wien gerecht und konstruktiv sind. In diesem Sinne werden wir wohl alle selbstkritisch eingestehen müssen, daß wir in propaganstischer Hinsicht bei weitem noch nicht alles mögliche getan haben; denn es ist so, daß unser Standpunkt in der Welt ungenügend bekannt ist und oft falsche Vorstellungen über diesen Vorschlag vorhanden sind.

Einige Worte zu den Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen:

Wie die Genossen wissen, hat die amerikanische Seite sie praktisch fast ein Jahr lang blockiert, eigentlich seit unserem letzten Treffen mit Kissinger im Januar dieses Jahres in Moskau. Nunmehr, nachdem die Präsidentschaftswahlen abgeschlossen sind, könnte man meinen, und es ist anzunehmen, daß auch die Perspektiven bei den Verhandlungen in Genf sich allmählich zeigen werden.

Diese Verhandlungen haben bei ihnen Hilfscharakter. Auf diesen Verhandlungen werden gewöhnlich Details vereinbart. Kardinalfragen werden aber auf andere Weise und anderen Wegen abgestimmt.

Sicherlich haben selbst die USA in ihrer Geschichte keinen derart ungenierten Stimmenfang der Kandidaten gekannt. Sie gaben Versprechungen ab, ohne sich darüber Gedanken zu machen, wohin das führt, nur zu dem einen Zweck, den Rivalen zu übertrumpfen. Infolge des Bestrebens, sich um jeden Preis die Sympathie von allerlei reaktionären Gruppierungen zu sichern, darunter der Kreise der Emigrantenorganisationen, neigt sich das Schiff der amerikanischen Politik ebenfalls offenkundig nach rechts.

Selbstverständlich wird die neue Regierung kaum so weit gehen, die Entwicklung der Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zu konservieren. Die Amerikaner haben das durch entsprechende Kanäle zu verstehen gegeben. Carter hat das auch in allgemeinen Worten öffentlich verkündet. Was uns betrifft, so werden wir natürlich dafür kämpfen, daß die Verpflichtungen, die der USA-Präsident während des Treffens in Wladiwostok 1974 übernommen hat, eingehalten werden.

Ein weiteres sehr wichtiges Feld des Kampfes für und gegen die Entspannung bildet der Bereich der ökonomischen Beziehungen. Die reaktionären Kreise im Westen, besonders in den Vereinigten Staaten, versuchen, die internationalen ökonomischen Verbindungen in ein Werkzeug zur Ausübung des Druckes auf unsere Länder, in ein Werkzeug zur Torpedierung der Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft zu verwandeln.

Dabei handeln die imperialistischen Staaten in letzter Zeit in stärkerer Übereinstimmung und koordinieren nicht nur ihre Wirtschaftsstrategie, sondern auch ihre Taktik und konkrete Schritte.

Nehmen wir die Frage der Herstellung offizieller Beziehungen des RGW zum Gemeinsamen Markt. Die Führer der EWG weichen, wie aus ihrer Antwort auf unsere Initiative hervorgeht, absichtlich der Herstellung gleichberechtigter Beziehungen mit dem RGW aus, beschneiden den Umfang dieser Beziehungen und sind zugleich bestrebt, die bilateralen Verbindungen mit den einzelnen sozialistischen Ländern in einer Weise zu gestalten, um Hebel eines ökonomischen und folglich auch politischen Drucks in die Hand zu bekommen. Es ist kein Geheimnis, daß sie dazu ihre Kreditpolitik auszunutzen beabsichtigen.

Das alles berücksichtigend, müssen wir offensichtlich auch künftig vereinbarte, koordinierte Stellungnahmen ausarbeiten, und zwar entsprechend dieser ganzen Geschichte. In unserer Deklaration haben wir, wie mir scheint, ein richtiges Herangehen an die Fragen der Entwicklung der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit gefunden. In ihr wird eindeutig der Wunsch ausgedrückt, die Verbindung in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik zu entwickeln, aber es wird zugleich auch unmißverständlich hervorgehoben, daß niemandem das Recht zusteht, diese Verbindung von irgendwelchen Zugeständnissen abhängig zu machen.

Es handelt sich hier selbstverständlich nicht nur darum, unbegründete Ansprüche entschieden zurückzuweisen und für eine Normalisierung der Beziehungen des ökonomischen Austausches einzutreten. Die Stärke unserer Position besteht darin, daß wir neue konstruktive Ideen

vorbringen, die dem Geist der Schlußakte voll und ganz entsprechen. Ich meine insbesondere die Vorschläge, gesamtcontinentale Beratungen über Fragen der Energiewirtschaft, des Verkehrswesens und des Umweltschutzes durchzuführen. Klar ist, daß derartige Beratungen unserer gesamten Zusammenarbeit in Europa nützlich sein und auch zur Besserung des politischen Klimas beitragen würden.

Unsere Organisationen bereiten jetzt im Auftrage des ZK einige konkrete Vorschläge vor, die diese Idee betreffen. Es wird sicherlich richtig sein, diese Vorschläge im RAT für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu prüfen.

Ich möchte auch hervorheben, wie wichtig die verstärkte Koordinierung der Außenwirtschaftstätigkeit unserer Länder im Rahmen des RGW ist, insbesondere gegenüber den führenden kapitalistischen Staaten. Man sollte eine langfristige Konzeption dieser Beziehungen erarbeiten sowie die Interessen und perspektivischen Interessen und die realen Möglichkeiten, die unsere Länder erarbeiten, und die notwendigen gemeinsamen Maßnahmen zur Erhöhung der Effektivität der ökonomischen Zusammenarbeit mit dem Westen festlegen.

Besonders akut dürfte jetzt unser Zusammenwirken im ideologischen Bereich sein. Wir alle spüren, daß die Länder des Sozialismus zu einem Objekt koordinierter Einflußnahme der imperialistischen Propaganda geworden sind.

Eine Hauptrichtung in dieser feindlichen Kampagne ist die Frage des sogenannten 3. Korbes. Skrupellos verfälschen die bürgerlichen

Massenmedien Geist und Buchstaben der Schlußakte von Helsinki und fordern von den sozialistischen Ländern demagogisch im Grunde genommen nicht mehr und nicht weniger als einen Verzicht auf wichtige Prinzipien unserer Gesellschafts- und Staatsordnung. Und das alles geschieht unter Berufung auf die Menschenrechte, auf Freiheit, Unabhängigkeit und dergleichen mehr.

Die Veranstalter feindseliger ideologischer Kampagnen sind sich dessen sehr wohl bewußt, daß sie in diesem Bereich zu keinerlei Zugeständnissen kommen und keine erzwingen werden. Aber sie bauen ja gerade darauf, der Entspannung und der Entwicklung einer tatsächlich umfassenden kulturellen Zusammenarbeit künstliche Hindernisse in den Weg zu legen. Eine solche Zusammenarbeit fürchten sie im Innersten ihrer Seele.

Unser Standpunkt ist auch hier klar und konstruktiv: Sollte wirkliche Rechenschaft darüber abzulegen sein, was für die Entwicklung der humanitären Verbindungen und Beziehungen getan worden ist, so fiel der Vergleich zweifellos zu unseren Gunsten aus.

Zugleich müssen wir meines Erachtens noch stärker den Gedanken durchsetzen, daß jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten unzulässig ist. Es kann keine Zusammenarbeit geben, wenn sie sich nicht auf strenge Einhaltung der Souveränität stützt und nicht eine freiwillige und gleichberechtigte Angelegenheit ist. Offensichtlich werden diese Gedanken guten Anklang finden und die Erfindungen unserer ideologischen Gegner überzeugend widerlegen.

Ich möchte Sie, Genossen, auch auf folgendes wesentliches Moment aufmerksam machen: Wir alle zweifeln nicht daran, daß der Sozialismus in allen Lebensbereichen, darunter auch auf dem Gebiete der Menschenrechte, unbestreitbar im Vorzug ist. Gute Ideen müssen aber erst Verstand und Herzen der Menschen erreichen. Indes müssen wir zugeben, daß der bürgerliche Westen sich vorläufig in den technischen Informationsmitteln im Vorlauf befindet, einen Vorsprung hat, und diesen voll nutzt. Jetzt, da die öffentliche Meinung ohne Übertreibung zu einer gewaltigen politischen Kraft geworden ist, ist ein mächtiger ideologischer Apparat nicht minder wichtig als eine feste und stabile Verteidigung. Wir werden offensichtlich noch sehr ernsthaft darüber nachdenken müssen. Von den Zentralkomitees unserer Parteien sind offensichtlich konkrete Schritte erforderlich, um diese Sache in Ordnung zu bringen.

Gestatten Sie mir, nun sehr kurz und komprimiert auf den Integrationsprozeß in der kapitalistischen Welt einzugehen, von dem nicht zuletzt die Entwicklungsperspektiven der internationalen Lage abhängen werden. Betrachtet man es, wie es um den Gemeinsamen Markt und in der NATO bestellt ist, so muß man offen zugeben, daß es den imperialistischen Hauptgruppierungen gelungen ist - zumindest für eine bestimmte Zeit - den Tiefstand ihrer neuen Krise zu überwinden, obwohl in der Wirtschaft bisher keine wesentlichen Verbesserungen zu verzeichnen sind.

Die türkisch-griechischen Widersprüche sind in ihrer Schärfe etwas abgedämpft, Beziehungen der NATO zu Portugal kommen in Gang, das durch die imperialistischen Kreise stark unter Druck gesetzt wird.

Die Widersprüche zwischen den USA und ihren westeuropäischen Verbündeten kommen nicht mehr so offen zur Geltung. Bezeichnend ist ferner, daß der Koordinierung der politischen Tätigkeit ein immer größerer Nachdruck verliehen wird. Unter dem Deckmantel des Europarates finden Arbeitsberatungen der Staatsoberhäupter und Regierungschefs der 9 statt, periodisch treffen sich die Außenminister.

Es werden Vorbereitungen dazu getroffen, daß 1978 "direkte allgemeine Wahlen" zum Europäischen Parlament durchgeführt werden. Dabei wird vor allem das Ziel verfolgt, die Politik der Westmächte gegenüber den sozialistischen Staaten zu koordinieren und kollektiv gegen alle revolutionären Kräfte anzukämpfen. Dies ist mit einigen Vorbehalten oder mit einigen Rücksichtnahmen auf die jetzigen historischen Verhältnisse eine Art Neuauflage der sogenannten Heiligen Allianz der Reaktion. Wir sollten diese Aspekte in unserer Tätigkeit sicherlich berücksichtigen und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen.

Diese Frage hat noch eine weitere Seite: Es ist bekannt, daß die italienische, die französische und einige andere westeuropäische kommunistischen Parteien die Lösung des Kampfes gegen die kapitalistische Integration durch die Lösung des Kampfes für die Demokratisierung dieses Prozesses ersetzt haben. Sie sind der Meinung, daß dies durch die reale Sachlage diktiert wird. Wichtig ist aber, daß der Klassenstandpunkt dabei nicht eingeblüßt wird, daß nicht vergessen wird, daß die Integration der Kapitalisten nicht aus Fürsorge um die Interessen der Völker erfolgt, sondern ein Mittel ist, die Ausbeutung der Werktätigen aufrechtzuerhalten und sie zu verstärken.

Die bürgerliche Propaganda aber spielt den Kommunisten die These in die Hände, die NATO und der Gemeinsame Markt würden sozusagen als Garantie eines selbständigen Weges der westlichen kommunistischen Parteien dienen, den wir angeblich antasten wollen. Wir halten es für notwendig, unseren Freunden im Westen offen zu sagen, daß die Aufnahme solcher trügerischen Ideen sehr gefährlich ist.

Genossen, in Ergänzung zu jenen Einschätzungen der Politik der westeuropäischen Länder, die auf dem Oktober-Plenum unseres ZK gegeben wurden, möchte ich noch auf zwei oder drei Momente eingehen, die eine besondere Beachtung verdienen, vor allem zur BRD.

Faktisch sehen wir uns in diesem Land einer Verstärkung des Einflusses der reaktionären Kräfte gegenüber, mit einem offensichtlichen Wiederaufleben des Militarismus und Revanchismus konfrontiert. Die Ansprüche auf eine Einverleibung der Deutschen Demokratischen Republik, die Versuche, die Entwicklung der durch die Entspannung ermöglichten Weiterentwicklung der Beziehungen der durch die Entspannung ermöglichten Weiterentwicklung der Beziehungen für einen massiven Druck auf die Republik auszunutzen, lassen nicht nach, sondern verstärken sich noch.

Die Regierung Schmidt/Genscher mit ihrer eigentlich hauchdünnen Stimmenmehrheit im Bundestag wird einen noch größeren Druck auf die Entspannungsgegner erleben müssen. Auch in der Regierungskoalition selbst ist die Lage der Sozialdemokraten komplizierter geworden, was sich langläufig ebenfalls auf die sogenannte Ostpolitik der BRD auswirken kann. Was folgt daraus?



Bei entschiedener Entlarvung der Gefahr der Wiedergeburt des westdeutschen Revanchismus und Neonazismus kommt es offensichtlich darauf an, die politische Arbeit mit den Sozialdemokraten zu aktivieren und eine strengere und konsequentere Erfüllung des gesamten Komplexes der vorhandenen Abkommen der BRD mit den sozialistischen Ländern durchzusetzen. Es ist fernerhin auch notwendig, die Koordinierung unserer Handlungen gegenüber Westdeutschland, sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet, zu verstärken. Das bezieht sich natürlich selbstverständlich auch auf Westberlin. Wir sind der Ansicht, daß kein einziger Versuch der BRD ohne Folgen, ohne Antwort gelassen werden darf, das Vierseitige Abkommen zum Schaden der Interessen der sozialistischen Länder zu umgehen.

Die Beziehungen der sozialistischen Staaten zu Frankreich entwickeln sich im allgemeinen nicht schlecht, doch lassen gewisse Aspekte der französischen Politik aufhorchen. Ich meine die Ihnen bekannte neue Interpretation der Militärdoktrin Frankreichs sowie die merkliche Verstärkung seiner Zusammenarbeit mit der NATO-Militärmaschine. Wir haben die Absicht, unsere Besorgnis über diese Erscheinungen während unseres bevorstehenden Treffens mit Giscard d'Estaing zum Ausdruck zu bringen.

Wir müssen uns auch um eine aktivere Teilnahme Frankreichs an der Lösung der Abrüstungsprobleme bemühen.

Ein scharfer politischer Kampf vollzieht sich jetzt in Spanien. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland sind bestrebt, Spanien in das militärpolitische Bündnis der westlichen Länder einzugliedern. Offensichtlich werden wir die Ereignisse aufmerksam verfolgen und alle Möglichkeiten ausnutzen müssen, um diesen Plänen entgegenzutreten, deren Verwirklichung sich im Mittelmeerraum wie in Europa insgesamt negativ auswirken kann. Die spanische Regierung zeigt sich jetzt bereit, die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten zu normalisieren. Die Verstärkung unserer gemeinsamen Präsenz in Spanien würde im Prinzip nützlich sein; jedoch müssen bei der Wahl des Zeitpunktes für die Herstellung diplomatischer Beziehungen die Interessen der demokratischen Kräfte dieses Landes und seiner kommunistischen Partei berücksichtigt werden.

Genossen! Die bedeutenden sozialpolitischen Veränderungen in den Ländern der sogenannten dritten Welt üben auf die gegenwärtige internationale Lage einen immer größeren Einfluß aus. Gegenwärtig ist der afrikanische Kontinent in dieser Hinsicht in den Vordergrund gerückt. Mit der Ausrufung der Unabhängigkeit Angolas, Mozambiques und der anderen portugiesischen Kolonien hat der mächtige Strom der nationalen Befreiungsbewegung unmittelbar den Süden Afrikas, das letzte Bollwerk des Kolonialismus und Rassismus, erreicht.

Unserer Auffassung nach verdient die Tatsache besondere Beachtung, daß eine Reihe von befreiten Ländern den Weg der sozialistischen Orientierung beschreiten und, wenn auch mit unterschiedlicher Inten-

sität und Konsequenz, wichtige soziale Umgestaltungen verwirklichen. Es ist selbstverständlich noch verfrüht, kategorische Schlussfolgerungen zu ziehen darüber, in welcher Richtung sich diese Länder in sozialer Hinsicht tatsächlich entwickeln werden.

Von besonders großer Bedeutung ist das Bestreben der fortschrittlichen Führung der Staaten sozialistischer Orientierung, unsere Erfahrungen beim Aufbau der revolutionären Parteien marxistisch-leninistischen Typs auszuwerten. Manche von ihnen wenden sich direkt an unsere Partei, an die Kommunistische Partei der Sowjetunion, und sicherlich auch an andere Bruderparteien mit der Bitte, ihnen bei der Kaderausbildung, beim Studium der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, bei der Gestaltung der Parteischulung usw. zu helfen. Wir sind bestrebt, die Wünsche der Genossen aufs sorgfältigste zu berücksichtigen und allen diesen Wünschen entgegenzukommen. Es ist überflüssig, hier zu sagen, daß es sich dabei um eine Sache von größter politischer Bedeutung handelt. Selbstverständlich brauchen die Staaten mit sozialistischer Orientierung besonders dringend wirtschaftlicher Unterstützung. Unsere Möglichkeiten in dieser Hinsicht sind jedoch recht begrenzt. Deshalb muß es darum gehen, jene Reserven, die wir für diese Zwecke bereitstellen, mit höchster Effektivität auszunutzen und sie vor allem den Ländern zu gewähren, die eine Annäherung an die sozialistische Staatengemeinschaft anstreben. Das erfordert eine besonders sorgfältige Koordinierung unserer Aktionen, unserer Tätigkeit, und ich meine, Genossen, daß eine solche Koordinierung und die Vereinigung unserer Bemühungen Gegenstand ständiger Aufmerksamkeit der Organe des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sein müssen.

Die maximal mögliche Hilfe an die Länder sozialistischer Orientierung, das ist unsere internationale Klassenpflicht. Zugleich ist die Entwicklung ökonomischer Verbindungen und Beziehungen zu ihnen objektiv durch den wachsenden Bedarf der Mitgliedsländer des RGW an verschiedenen Rohstoffen bedingt. Bei der Ausarbeitung langfristiger Zielprogramme wird man auch geeignete Formen unserer Zusammenarbeit mit den Staaten sozialistischer Orientierung bestimmen müssen. Selbstverständlich kann es sich dabei nur um tatsächlich gleichberechtigte und gegenseitig vorteilhafte Wirtschaftsverbindungen handeln, deren Ziel <sup>es</sup> ist, diesen Staaten bei der Überwindung der Rückständigkeit sowie bei der Festigung der ökonomischen und politischen Unabhängigkeit zu helfen.

Die Frage der wirtschaftlichen Hilfe ist auch in einem größeren, breiteren Rahmen zu betrachten. Jetzt stellen die Entwicklungsstaaten insgesamt die gerechte Forderung nach der Herstellung wirklich gleichberechtigter internationaler ökonomischer Beziehungen. Wir unterstützen und unterstützen aktiv ihren Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Ausplünderung ihrer Naturreichtümer. Wenn wir aber, nach Kräften das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer fördern, so ist es nach wie vor wichtig, diese These konsequent zu vertreten, daß die historische Verantwortung für ihre Rückständigkeit die imperialistischen Mächte zu tragen haben.

Ich möchte auch einige Worte zur Nichtpaktgebundenheit sagen. Wir unterstützen die in ihr vorhandenen fortschrittlichen antiimperialistischen Tendenzen, die in dieser Bewegung zu sehen sind. In den wichtigsten Fragen der Weltpolitik ist die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit ein natürlicher Verbündeter der Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Das haben die Ergebnisse der 5. Konferenz

der nichtpaktgebundenen Staaten in Colombo bestätigt. Zugleich ist es aber auch kein Geheimnis, daß gewisse Kräfte der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit nach wie vor hartnäckig die nur für die Imperialisten vorteilhafte These aufstellen, daß es zwei Zentren der Weltherrschaft und Unterordnung gäbe, und die es für möglich hält, an die sozialistische Sowjetunion und an die imperialistischen Vereinigten Staaten in gleicher Weise heranzugehen.

Wir müssen selbstverständlich auch fernerhin alle Möglichkeiten der Arbeit mit den nichtpaktgebundenen Staaten zwecks Bekämpfung dieser gefährlichen und schädlichen Tendenz ausnutzen.

Letztlich wird das Leben aller wirklich ehrlichen Politiker der Befreiungsbewegung zu der Einsicht bringen, daß gerade die sozialistischen Länder die sichersten und konsequentesten Verteidiger ihrer gerechten Sache sind. Es gibt dafür gewiß unzählige Beispiele. Das markanteste Beispiel von ihnen ist vielleicht unsere gemeinsame Einstellung zu den Fragen des Nahostkonflikts.

Es ist doch eine Tatsache, daß unsere Länder trotz Erwägungen gewisser zeitweiliger Vorteile in all diesen Jahren die palästinensische Widerstandsbewegung ständig unterstützt haben. Die legitimen Interessen der arabischen Völker mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln haben wir verteidigt und haben ihnen eine große Hilfe gewährleistet. Und das haben wir trotz der Zickzacklinien in der Politik gewisser Staaten des arabischen Ostens getan, trotz der uns oft unfreundlicher und feindseeliger Ausfälle gewisser Regierungen, die sich dem Einfluß des Imperialismus beugten in der Hoffnung, mit Hilfe des Westens Lösungen für ihre Probleme zu finden, nämlich Wahrung ihrer Streitkräfte auf gebührendem Niveau und Regelung akuter wirtschaftlicher Probleme usw.

Ich hatte auf dem Oktober-Plenum des ZK der KPdSU ausführlich über unsere Linie in den Nahost-Angelegenheiten gesprochen. Seit dem hat sich nichts wesentliches ereignet. Wir halten nach wie vor Kurs auf die Einberufung der Genfer Konferenz und werden ständig operative Kontakte mit den brüderlich verbundenen Ländern des Warschauer Vertrages zu dieser Frage unterhalten.

Gewisse Kontakte bilden sich mit Ägypten heraus. Es ist jedoch vorläufig noch unklar, worauf das hinauslaufen kann. Klar ist nur, daß die von Sadat betriebene Politik der Orientierung auf die USA nicht die Ergebnisse gebracht hat, weder in der Politik noch in der Wirtschaft oder beim Erhalten von Waffen. Wir haben beim jüngsten Treffen des Genossen Gromyko mit Fahmi in Sofia die Haltung der Sowjetunion erneut präzise dargelegt. Möge sich Sadat überleben, ob er dazu vernünftige und realistische Entscheidungen findet.

Gestatten Sie mir jetzt, Genossen, kurz auf unsere gegenseitige Zusammenarbeit einzugehen:

Unser Zentralkomitee, das Politbüro des ZK der KPdSU, schenken, wie Sie wohl wissen, dieser Frage erstrangige Bedeutung. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß sich die politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Beziehungen der Bruderparteien der Länder der sozialistischen Gemeinschaft weiterentwickeln und festigen, und daß der Mechanismus unseres Zusammenwirkens fließend und reibungslos funktioniert.

Ich meine, daß in der Deklaration, die wir zu unterzeichnen haben, die Hauptrichtungen der weiteren Entwicklung unserer multilateralen Zusammenarbeit sehr gut und prägnant ausgedrückt sind. Dieses Dokument wird zweifellos einen guten Dienst leisten und der ganzen Welt die Absichten, das Anliegen der sozialistischen Staaten demonstrieren und ihr politisches Bündnis weiter festigen.

Sehr wichtig ist ferner, daß in der Deklaration erneut mit allem Nachdruck unsere Absicht geäußert wird, sich nicht abzukapseln und brüderliche Verbindungen zu anderen sozialistischen Ländern zu entwickeln und diese zu vertiefen. Ich werde Ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen und nicht ausführlich darüber sprechen. Ich meine jedoch, daß der im Dezember bevorstehende Parteitag der Partei der Werktätigen Vietnams eine Möglichkeit sein wird, unsere Bereitschaft zur internationalen Unterstützung des vietnamesischen Volkes bei seinem friedlichen Aufbau erneut zu bekräftigen.

Ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen, um Sie über die Ergebnisse meines Jugoslawienbesuches und unsere Verhandlungen mit Präsident Tito zu informieren. Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß sich gute Perspektiven für die Vertiefung der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit auf allen Gebieten herausgebildet haben. Wir versuchten, Genossen Tito und andere jugoslawische führende Politiker davon zu überzeugen, daß es im Interesse

Jugoslawiens liegt, die Verbindungen mit den sozialistischen Ländern nicht nur auf bilateraler sondern auch auf multilateraler Grundlage zu entwickeln, insbesondere auch auf der Parteiebene, so wie es sagen wir beispielsweise die kubanischen und die vietnamesischen Genossen tun.

Man muß auch auf die China-Frage eingehen.

Der außenpolitische Kurs der neuen von Hua Guofeng geleiteten Führung hat sich offenbar noch nicht herauskristallisiert. Wir müssen Geduld zeigen und beobachten, wie sich die Ereignisse entwickeln werden, und so handeln wir auch. Wir nehmen keine unserer prinzipiellen Einschätzungen der Schädlichkeit der maoistischen Politik zurück, weil sie richtig sind. Wir haben es auch nicht eilig, die Handlungen der neuen Regierung einzuschätzen. Es ist klar, daß der unter Mao entstandene Ballast der Feindseligkeit unter allen Umständen noch lange nachwirken wird. Wichtig ist es, festzustellen, in welche Richtung die weitere Entwicklung tatsächlich verlaufen wird. In der letzten Zeit erreichen uns neben antisowjetischen Fluten aus Peking auch Informationen, wonach die Chinesen von der Möglichkeit einer gewissen Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR und zu anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft auf staatlicher Ebene ausgehen. Man kann aber noch nicht sicher sein, daß dem wirklich so ist. Zu bemerken ist auch eine Fortsetzung der Versuche Pekings, an die sozialistischen Länder unterschiedlich heranzugehen und diese Länder einander entgegenzustellen.

Entsprechend den Beschlüssen des XXV. Parteitages werden wir allerdings in dem Maße, wie es uns möglich ist, in den Beziehungen mit China eine Wende zum Besseren herbeizuführen versuchen. Das würde den Interessen des Sozialismus, des Friedens und aller antiimperialistischen Kräfte entsprechen. Die Zukunft wird zeigen, wie die Dinge sich entwickeln.



Im vergangenen Jahr, Genossen, haben wir den 20. Jahrestag unserer Organisation gewürdigt und würdig begangen. Bei den Feierlichkeiten anlässlich dieses ruhmreichen Jahrestages entstanden neue interessante Formen der Zusammenarbeit. Ich meine damit Treffen von Parlamentariern unserer Länder, von Vertretern der Öffentlichkeit, die gemeinsame theoretische Konferenz über den Warschauer Vertrag. Ich glaube, es lohnt sich, solche Formen unserer gegenseitigen Beziehungen zu verankern und weiter auszubauen.

Im Entwurf unserer Deklaration gekräftigen wir erneut unsere Bereitschaft, unter entsprechenden Bedingungen auf die gleichzeitige Auflösung des Warschauer Vertrages und der NATO einzugehen. Das ist eine notwendige politische Erklärung. Zugleich erkennen wir alle, wenn wir die Dinge tatsächlich betrachten, daß der Weg zu diesem Ziel über die allseitige Festigung unserer Zusammenarbeit auch im Rahmen unseres militärpolitischen Bündnisses liegt, dessen Tätigkeit für das Schicksal des Friedens in Europa und nicht nur in Europa von erstrangiger Bedeutung ist.

Darauf sind eigentlich auch unsere Beschlüsse gerichtet, ein Außenminister-Komitee und ein Vereintes Sekretariat zu schaffen. Diese Körperschaften werden es ermöglichen, unsere außenpolitischen Aktionen noch besser und operativer zu koordinieren und die Effektivität unserer Bemühungen im Kampf für einen dauerhaften und sicheren Frieden zu erhöhen.

Über unsere militärische Zusammenarbeit wird dem Politischen Beratenden Ausschuss der Stabschef der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Genosse Krupkow, berichten. Für uns alle ist es offensichtlich, daß wir unsere Wachsamkeit und ständige Aufmerksamkeit sowie unsere Sorge um die Kampfbereitschaft unserer vereinigten Streitkräfte keine Minute abschwächen dürfen, solange die imperialistischen Mächte das Wettrüsten fortsetzen.

Zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich der Überzeugung Ausdruck verleihen, daß unsere Parteien und Länder durch einträchtiges und geschlossenes Handeln die weitere Festigung der Positionen des Sozialismus in der Welt gewährleisten und die internationalen Ereignisse im Interesse unserer großen Sache noch aktiver beeinflussen werden.